

Kontrollkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelnen jeden Freitag nachmittags, Bezugspreis drei Pa-
pierzettel monatlich 1,15, — Wk. ohne Zustellungsgebühr, Verlag,
u. 2201, Sonntag 7—9 Uhr, Erscheinungstag: Sonntag 1922.
nach 115, — Wk. Durch die
Beitrag 14, Januar 1947
— Sonntag 12—1 u. 4—5 Uhr
Der Anzeigenpreis beträgt 6.— Wk. für den Millimeter Höhe und Breite; 10.— Wk. für
Zeile, anschließend an den bezugsplatzlichen Zeitplan. Anzeigen bis Sonntag
9 Uhr eintreten, größere tags vorher. — Kopierfoto: Betrag 1008 48, Preis 1000, 2400

Einzelpreis 5 Mark

Sonnabend, den 9. September 1922

2. Jahrgang, Nr. 211

Der Reichsbetriebsräte-Kongress wird einberufen

Zusammentritt am 22. Oktober — Ein Ultimatum an den ADGB.

Wittenberg, 9. September.
Gestern fand in der „Neuen Welt“ in der Hofstraße eine Be-
triebsräteversammlung von Groß-Berlin statt.
Es waren weit über 6000 Betriebsräte anwesend. Ebenfalls waren
Vertreter aus Halle-Merseburg, Breslau,
Heinrich und Westfalen anwesend. Die Vertreter aus
dem Rheinlande berichteten von der vor wenigen Tagen stattgehab-
ten Tagung der Betriebsräte in Gelsenkirchen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die
Vollversammlung der Berliner Betriebsräte beschließt, durch einen
Ausflug der deutschen Betriebsräte einen Reichsbetriebs-
räte-Kongress einzuberufen, der spätestens am Sonntag,
dem 22. Oktober, in Berlin zusammenzutreten hat, um den Kampf
um die Kontrolle der Produktion als einziges Mittel gegen die
Verelendung des Proletariats einzuleiten. Der Ausflug wird mit
allen Vorbereitungen beauftragt.“

Trotzdem der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-
bundes dem Führer ausflug der Berliner Betriebsräte erklärt
hat, er werde keinen Reichsbetriebsräte-Kongress einleiten, beauf-
tragte die Vollversammlung den sich bildenden Ausflug, vom
Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-
bundes eine Antwort mit Frist von fünf
Tagen zu verlangen. Vöhr der Allgemeine Deutsche Ge-
werkschaftsbund die Einberufung bis zum 22. Oktober ab, so soll
der Reichsausflug trotz einer Überwindung und die Tages-
ordnung des Kongresses bekanntgeben und die Einberufung
vollziehen.

Betriebsräte-Vollversammlung in Leipzig

(Eigene Drahtmeldung.)

Leipzig, 9. September.
Am Freitagabend fand im „Zentral-Theater“ in Leipzig eine vom
Kontrollausflug der Firma Gebrüder Wegner
einberufene Betriebsräteversammlung der Betriebsräte statt.
Diese Versammlung war überaus zahlreich. Nahezu die Hälfte über 2000
städtischer Leipziger Betriebsräte waren erschienen. Das Gewerkschafts-
amt hatte es trotz vieler Forderungen der Großbetriebe
abgesehen, die Vollversammlung einzulassen. Trotzdem das Ge-
werkschaftsamt am Abend vorher in der „Leipziger Volkszeitung“
noch eine Warnung erließ, war die Versammlung zu Stande gekommen.
Sie nahm einen sehr guten Verlauf. Die Kampfrichtung
der Arbeiter war ausgezeichnet. Von der Unabhängigen Partei
sprach der Verbandungssekretär des ADGB. Er erklärte, in dieser
Versammlung die Gegenseite auszugleichen, erklärte aber, daß er
nie in eine Partei gehen würde, in der sich ein Risse
befindet. Es wurde aus den verschiedenen Industrie eine
Kontrollkommission gewählt. Die Versammlung erließ
einen Aufruf an die Leipziger Arbeiter, in dem sie sich mit
den Berliner Betriebsräten solidarisch erklärt und
den Betriebsräte-Kongress fordert für das Reich
und für Sachsen.

Nach dem Hamborner Beispiel

(Eigener Bericht.)

Oberhausen, 8. September.
Eine spontane Kundgebung unternahm die Arbeiter von Ober-
hausen gegen die Teuerung. Vormittags 10 Uhr formierten die
Heidrichen Bergarbeiter der Grube Concordia 3 und 4 und Con-
cordia 4 und 5 einen Demonstrationzug von ungefähr 12 000 Per-
sonen, der sich zum Rathaus bewegte und dort das Verlangen nach
Bildung eines Kontrollausschusses durch die Arbeiter stellte. Weiter
verlangten die Demonstranten die Festlegung der Preise nach
Hamborner Muster. Der Vertreter des Bürgermeisters von Ober-
hausen berief daraufhin, dem Verlangen der Demonstranten nach-
gehend, für nachmittags 5 Uhr eine Sitzung ein, zu der die Ver-
treter aller Parteien der Gewerkschaften und der Kaufmannschaft
einladen waren. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Die Ar-
beiter drohten mit Generalstreik, wenn ihrem Verlangen nicht Nach-
gegeben würde.

In einer späteren Sitzung wurde zwischen den Kaufleuten und
den Organisations eine Vereinbarung getroffen, die sich an die
Hamborner Vereinbarung anlehnt und als Höchstpreise die Ham-
borner Preise festsetzt.

Die Selbsthilfe der Hamborner Arbeiterschaft

Wir mit bereits ausführlich berichtet, ist es dem Kontrollaus-
flug von Hamborn in die Handlungen einer Kongress-Vorbereitung
für alle Lebensmittel und eine Kontrolle des Verkaufs durch-
zuführen. Ebenso wurden die Textil- und Lederwaren um 20 Prozent
im Preise herabgesetzt.
Der „Vorwärts“ und das Hallesche „Volkstimmen“ haben
versucht, die Hamborner Aktion zu isolieren, indem sie erklärten,
daß das eigentliche Problem die Wiederherstellung von
genügenden Waren ist. Die Hamborner Arbeiterschaft hat schon
vor dem „Vorwärts“ diesen recht nachsichtigen Standpunkt ge-
nommen, indem sie die proletarische Kontrolle der Produktion im ganzen
Reich forter. Im übrigen arbeitet der Hamborner Kontrollaus-
flug weiter, um in seinem Reich die Sabotage der Bourgeoisie zu
brechen.
Die „Hallesche Zeitung“ läßt sich nun in ihrer Abend-

nummer aus Düsseldorf Einzelheiten über die Hamborner
Aktion melden. Das Blatt schreibt:

„Es folgte eine beispiellose Samstagsfeier. Die Waren wurden in
wenigen Stunden ausverkauft, wünschenswertes Lebens-
mittel in Betracht kommen, während sich in den übrigen
Waren kein Interesse zeigte.“

Damit wird selbst in dieser gebliebenen Schreibweise bestätigt,
daß die Hamborner Bevölkerung total ausgehungert war. Das
kontraktierte Einkommen der Lebensmittel wird von den „Bolschewi-
ken“ als „beispiellose Samstagsfeier“ bezeichnet, dabei aber zugeben, daß
die verkauften Arbeiter nicht daran denken konnten Textil- und
andere Waren zu erwerben, obwohl das Bedürfnis sehr groß ist.
Daß die Zeitung zugibt, daß sich in den übrigen Waren kein Inter-
esse zeigte, beweist auch, was von dem Geschwind über Bünd-
rungen zu halten ist. Die „Bolschewi-ken“ muß weiter mitteilen, daß der
Kontrollausflug die Preisbildung der ausverkauften Waren in
die Wege gesetzt hat.

Daß das Hamborner Beispiel keineswegs „abgeschwächt“ auf die
übrige Arbeiterschaft gewirkt hat, beweist die Tatsache, daß die
Arbeiterschaft von Oberhausen ebenfalls einen Kontrollaus-
flug einleitete, der mit den Kaufleuten dieselben Vereinbarungen
abschloß; die Hamborner Kreise wurden als Höchstpreise festgelegt.
Die Arbeiterschaft weiß, daß nur eine über alle das ganze Reich aus-
gedehnte Kontrolle der Wirtschaft das Hebel an der Wurzel packen
kann. Die Kontrollausflüge werden aber, wo es die Situation
verlangt, mit fester Hand sofort drück eingreifen müssen.

Auch in Bayern geht es vorwärts!

Münchener Arbeiter fordern den Reichsbetriebsräte-
kongress

(Eigener Bericht.)

München, 8. September.
Die Ortsgruppe München der KPD, hatte eine öffentliche Volks-
versammlung mit dem Thema: „Deutschland vor dem Abgrund!“
im Münchener Kind-Keller einberufen, deren Vorbereitung sich die
Münchener Polizei und die Reichsjugendstellen gemeinsam zur Auf-
gabe gemacht hatten.

Die Polizei fing das so an, daß sie zwar nicht die Versammlung,
wohl aber das für die Bekanntmachung bestimmte Plakat verbot.
Trotz der polizeilichen Schikane, trotz der irreführenden Meldung der
sozialistischen „Mündener Post“, die Versammlung ließ verbieten,
war sie lauffähig. Die Referate des Genossen Kamm und
der Genossin Lydia Keller fanden begeisterte Zustimmung.
In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es:

Wir verlangen eine sofortige Vollversammlung der Münchener
Betriebsräte und daran anschließend die sofortige Einbe-
rufung des Reichsbetriebsräte-Kongresses, um
den kapitalistischen Sattlung der Gewerkschaften ein-
ende zu machen. Von der Reichsregierung fordern wir schles-
nische Erhaltung der Sachverhalte, Abänderung des Ge-
setzes zum Schutze der Arbeiter und vor allem Schaffung einer
Reichsregierung zur Wiederherstellung aller reaktionären Anschläge,
zusammengestellt aus freigeschäftlichen organisierten Arbeitern.
Im übrigen hat das Kabinett Wirth, anfänglich zur Wahrung aller
sozialistischen und politischen Schwerkriegsbedeutung bedingt einer
aus Arbeitern, Angehörigen und Beamten zusammengesetzten
proletarischen Regierung Platz zu machen.

Vom christlich-sozialen Reichskabinett fordern wir so-
fortige Aufhebung des Verbotes der „Neuen Zeitung“ sowie der
„Bayrischen Arbeiterzeitung“ und in erster Linie die endliche
Befreiung jener unglücklichen Genossen, aus ihrem peinlichen
Gefängnis und Festung, die nichts anderes getan haben, als für
ihre politische Überzeugung gestimmt.

Die Auswirkungen des Sinnes-Abkommens

Zuletzt verläßt die Befürchtungen der französischen In-
dustriellen gegen die Sinneskonferenz mit dem Hinweis zu be-
schwichtigen, daß eben durch diesen Vertrag die deutsche
Schleuderkonferenz ausgeschlossen werden solle. Das
bedeutet mit anderen Worten, daß durch das Sinnesabkommen große
Teile der deutschen Wirtschaft abzuschnitten werden. Im „8-Uhr-
Abendblatt“ wird auf die verheerenden Folgen der mit dem Ab-
kommen verbundenen neuen Inflation von über 60 Milliarden
Papiermark hingewiesen.

Das französische und englische Kapital ist in seiner
Gesamtheit dem Abkommen feindselig gegenüber, wie es die
Reklamennummern der Sinnespreise hinlänglich beweisen. Die
„Times“ warnt die französische Industrie vor den politischen
und wirtschaftlichen Gefahren einer deutschen Durchdringung
und schließlich der Gefährdung des Weltfriedens.

Die französische Gewerkschaften leisten besonders
gegen den Kampfpunkt des Abkommens schärfsten Wider-
stand. Und eben von der Durchführung dieses Punktes im Zu-
sammenhang mit dem Lebensunternehmungen vertritt sich Herr
Sinnes besonders hohe Preisse.

Herr Sinnes konnte sich übrigens bereits in die Rolle eines
bedeutenden Wirtschaftsdiktators werfen, indem er das Angebot der
deutschen des Deutschen Handwerks- und Gewerbetages zur
Mitarbeit an Wiederaufbauern geneigt entgegenkam.
Die „Humanität“, unser französisches Bruderorgan nennt das Ab-
kommen ein Werkzeug vereinigter deutsch-französischer Kapitalisten
zur erhöhten Ausbeutung des Proletariats.

Einiges über „Kontrolle der Produktion“

(J. D.) Die Forderungen, die von den Arbeitern aus dem Be-
trieb heute überall aufgestellt werden, lassen sich sehr leicht zu-
sammenfassen in zwei Hauptforderungen. Deren eine ist die Forde-
rung des Reichsbetriebsräte-Kongresses, deren andere die der Kon-
trolle der Produktion. In Wirklichkeit sind beide Forderungen
weit auseinander und beruhen auf ganz verschiedenen Grundlagen.
Der Reichsbetriebsräte-Kongress wird verlangt, damit ein Organ geschaffen werde,
ein Organ des Proletariats, welches alle die Einzelforderungen (Re-
gistrierung, Beschlagnahme, Verteilung) durchzuführen soll, und die
Kontrolle der Produktion ist ohne Inhalt, wenn nicht diese Kon-
trolle zentralisiert wird und ausübt wird durch ein Organ der
Arbeiterschaft, welches im Reichsmaßstab die drei eben erwähnten
Funktionen ausüben hat.

Die Forderung der KPD und ADGB betrifft sehr wohl, welche Ge-
fahr für ihre arbeitstagesgesellschaftliche Politik diese Forderungen
enthalten. Sie, die Menschheit, wissen sehr wohl, daß die Kon-
trolle der Produktion, wenn sie durch das Proletariat in die Hand
ausgegeben werden soll, bedeutet ein Einbringen proletarischer
Organe in die bürokratischen Staatsorgane, eine Ausschließung
des Mechanismus der bürgerlichen Demokratie, einen Kampf um
Nachpostionen und damit keine „reine wirtschaftliche“, keine
sozialistische Forderung, schon gar nicht eine romantische
oder utopische, sondern die unerbittliche Kampfanlage an die
bürgerliche Klasse und an deren privilegierte Stellung als In-
haber der Produktionsmittel und als Leiter des Produktions-
prozesses. Daß sich die Kampfanlage auch gegen die Anhänger der
heiligen Ordnung des Privatentums und der kapitalistischen,
wenn auch weniger verurteilten Produktionsanarchie, d. h. gegen
die Menschheitsbürger und Gewerkschaftsautoritäten richtet,
versteht die ausgeteilt. Und deshalb verlassen sie, den Ar-
beitern den Gedanken der Produktionskontrolle läßt sich zu machen
und als eine demagogische Forderung der „Kommunisten“ darzu-
stellen.

Eben deshalb ist es aber notwendig, daß jeder einzelne un-
terstützte Parteiengenossen sich vollkommen im klaren darüber ist, was diese
Forderungen bedeuten, wie sie verwirklicht werden können, und
welche Rolle ihnen im Prozeß der revolutionären Entwicklung zu-
kommt.

Die Forderung der Kontrolle der Produktion ist gelegentlich
verbunden worden mit der Forderung: Durchbroch das Geschäfts-
und Bankgeheimnis. Diese Forderung ist aufgestellt worden durch
Betriebsräte und gerichtet worden an Betriebsräte. Die Mensch-
heit weiß genau um diese Verbindungen und polemisieren wie folgt:
Erstens kann der einzelne Betriebsrat gar nicht kontrollieren,
weil er keinen Hebel hat über die Produktion, weil er un-
genügend ist, weil das Kontrollieren an sich sinnlos ist; zweitens
kann der Betriebsrat nicht das Geschäfts- und Bankgeheimnis
durchbrechen, weil er einmal nichts davon versteht, weil er zum
anderen durch das Betriebsrätegesetz gebunden ist und sich „den
Fals brechen würde“, wenn er das Geschäfts- und Bankgeheimnis
durchbrechen würde, und schließlich auch, weil mit der Kontrolle
zu keinem Menschen gehalten sein wird, weil kein Arbeiter durch
„Kontrolle“ gefügig werden wird, weil „Produktion“ nötig ist,
nicht aber „Kontrolle“.

Der letzte Einwand ist der dümmste. Jeder Arbeiter versteht,
daß die Kontrolle ihn nicht zwingen wird. Aber jeder Arbeiter
versteht gleichzeitig, daß die anarchische, planlose Art der Pro-
duktion innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, zumal jene Art der
Produktion aus Investitionsunternehmungen, wie sie die deutsche
und österreichische Raubwirtschaft der Nachkriegszeit kennzeichnet,
den Arbeiter außer Stand legt, auch nur für die nächste Woche auf
ein gesichertes Existenzminimum rechnen zu können. Jeder Ar-
beiter sieht folgendes: Die Industrie in Deutschland ist ziemlich
voll beschäftigt; produziert wird nicht nach Bedarf, sondern nach
der Möglichkeit, die Produkte ins Ausland zu verschicken; die
ganze Art der Produktion, die Finanzwirtschaft des Reiches und
alles, was drum und dran hängt, entwerfen fortwährend die
deutsche Wäلتa; die Preise aller Artikel, nicht nur des täglichsten
Bedarfs, sondern auch der Exportgüter, springen immer wieder
in die Höhe (was man Tendenz zur Annäherung an die Welt-
marktpreise zu nennen beliebt); dadurch wird nicht nur der Lebens-
standard der Arbeiterschaft immer mehr herabgedrückt, dadurch wird
auch die Aussicht auf dauernde Beschäftigung unklar, weil ja die
Ausverkaufstaktik verstanden wird, sowie die Weltmark-
preise erreicht sind. Nicht ist natürlicher, als daß der Arbeiter
sich fragt: Wo kann die Regulierung der Preise nicht meinen Tod-
feinden, der Kapitalisten überlassen, sondern muß dieses Gebot
selbst in meine Hand nehmen. Aber wenn das Proletariat die
Freie regulieren will, so muß es gleichzeitig auch die gesamte
Produktion übersehen, d. h. das Geschäfts- und Bankgeheimnis
durchbrechen, muß es die Produktion regulieren, d. h. die Kon-
trolle der Produktion übernehmen, muß es sich Organe schaffen zur
Durchführung der Kontrolle und der damit zusammenhängenden
Beschlagnahme und Verteilung, muß es das im Reichsmaßstab
hin, kurzum, muß es genau die Maßnahmen ergreifen, über welche
die Menschheitsbürger so lange lustig machen werden, bis
ihnen das Lachen vergehen wird.

Denn das wissen die guten Herrschaften, daß gerade die Be-
triebsräte, deren Funktionen einzuschneiden sie sich seit Jahren

bedürftig und teilweise mit Erfolg bemüht haben, die Angelegenheiten haben werden, unmittelbare ausübende Organe bei der Bewältigung der eben erwähnten Maßnahmen zu werden.

Der einzelne Betriebsrat kann nichts kontrollieren — so sagen sie. Aber einmal ist das nicht wahr: Der einzelne Betriebsrat kann sehr wohl kontrollieren, ob sein Betrieb unnötige Zugangsgegenstände erzeugt, ob er die nötige Menge erzeugt, ob die Produktion in ihm labortiert wird. Voraussetzung ist natürlich dabei: daß ein zentrales Organ der Arbeiterschaft hergestellt ist, was Zugangsgegenstände sind, welche Kern- oder Produktion sind, was die einzelnen Betriebe herzustellen sind, und welches die Leistungen sind, die ein Betrieb zu leisten bringen kann. Es zeigt sich also, daß die Kontrolle der Produktion ein sehr verlässliches Gesicht und durchaus verbindliches Charakter besitzt, je nachdem, in welchem Stadium der Entwicklung der Revolution man sie betrachtet. Die vollstetige und durchgeführte Kontrolle der Produktion bedingt die Eroberung und Sicherung aller maßgebenden Funktionen im Wirtschafts- und Staatsapparat durch das Proletariat. Um aber bis zu diesem Etappenziel zu kommen, muß das Proletariat in den einzelnen Betrieben ebenfalls um die Kontrolle der Produktion kämpfen, und dasjenige, was die Menschheiten als Idealistisch, schriftlich und als Einzelobjekt betrachten wollen, ist in Wirklichkeit ein einheitliches, einheitliches und einheitliches, das die Menschheit als Ganzes betrachtet, und einheitliches, das die Menschheit als Ganzes betrachtet, und einheitliches, das die Menschheit als Ganzes betrachtet.

Freilich, wenn man glaubt, daß ein revolutionärer Prozeß sich durch die Zersplitterung eines Betriebsratsgesetzes wird aufhalten lassen, dann beweist man eben, daß man ein echter Menschheit, d. h. ein Opfer der Bourgeoisie ist. Wir aber wissen sehr wohl, daß auch das Betriebsratsgesetz abgeändert werden muß und fallen wird, sowie die Arbeiterschaft den Kampf um ihre Forderungen ernsthaft beginnt. Wir haben zudem am Beispiel Bayerns gelernt, wie leicht Gesetze geändert werden können, wenn nur ein harter Wille da ist, der sie ändern will.

Aber hinter dem Verstecken der Menschheiten unter die Fittiche des Betriebsratsgesetzes hat noch mehr, fast ihre Grundanerkennung, die sie nach und gleichzeitig brutal Ausbrauch geben, wenn sie davon reden, daß die Betriebsräte angefaßt sind und die Produktion nicht zu leiten vermögen.

Was diesem Einwand spricht der Glaube an die göttlichen Kräfte der Bourgeoisie und an die Ewigkeit des kapitalistischen Systems. Denn innerhalb dieses Systems werden die Arbeiter es niemals lernen, die Produktion zu leiten, mögen sie noch so viele Betriebsratsjuristen oder ähnliche nützliche Nebenhaltungen besitzen.

Wer da glaubt, daß die Kontinuität des Produktionsgesetzes heiliger ist, als die Forderungen der Revolution, der befindet sich in einem doppelten Irrtum. Erstens nämlich ist die Kontinuität der Produktion durch den Krieg und die darauf folgende Weltwirtschaftskrise jemals zerstört worden — die da Granaten produziert, produziert jetzt Solenoiden, werden morgen Zylinder gießen, wenn das mehr Stoff abwirft, haben vor dem Kriege Sprengstoffwerke und Feinblechproduktoren und haben, wenn es ihnen reicht, den Betrieb überhaupt geschlossen, und werden ihn schließen, wenn es ihnen beliebt, wenn sie nicht durch die Macht des Feindes in der Lage sind, dies zu tun. Kontinuität erheben werden, und zweitens ist die Förderung der Kontinuität der Produktion gerade im Interesse der Kontinuität der Produktion, weil die Unmöglichkeit der Betriebsräte und gleichzeitig, eben um sie zu lehren und fertig zu machen, die Produktion, die durch den Revolutionsprozeß, durch die soziale Umwälzung, durch die Expropriation der Expropriation und durch die Eroberung der intellektuellen Schichten aus dem Geleise des gleichmäßigen Fortgangs genommen wird, selbständig aufrechterhalten und wieder aufzubauen kann.

Es zeigt sich, daß die Förderung der Kontrolle der Produktion eine erst revolutionäre Forderung ist, daß die Diskussion um diese Forderung geeignet ist, auch inderente Arbeiter, erst recht Arbeiter, die noch den alten Parteien angehören, zu gewinnen, aber die Fragen und Aufgaben der sozialen Klassenkampfes nicht nur nachzugeben, sondern auch fertig zu werden, so zeigt es sich, daß die Förderung, die von den Menschheiten auf das bezügliche mit allen ihnen zur Verfügung stehenden, nicht nur überlegen, sondern auch hinsichtlich der Jugend, wird bekämpft werden müssen, zum Scheitern werden kann und soll zwischen der Umwälzung des revolutionären Klassenkampfes und der der Arbeiterschaft und Klassenharmonie.

Schwierigkeiten bei den Garantie-Verhandlungen

In Wassertrugem Ausmaß warnte der Reichsanwalt Wirth vor einem Optimismus in der Garantie-Verhandlungen. Er betont die Entschiedenheit der Reparationskommission, Deutschland solle mit Belgien allein weiterverhandeln, seien gar nicht so günstig für das Reich, wie man vielfach in der Öffentlichkeit annahm. Belgien ist lediglich das Schloß der Entente und man müsse darauf rechnen, daß seine Forderungen von allen Alliierten unterstützt werden. Belgien hat von der Entente keine Unterstützung zu erwarten. Die Lage sei noch immer als ernst zu betrachten.

Es war der Plan einer Dreiteilung der Garantien durch die Reichsbank, der deutschen Industrie und einer englischen Finanzgruppe aufgeht. Die englischen Finanzinteressen sind zu einer Garantieübernahme nur bereit, wenn ein besserer Teil der Garantien mit ihnen gemeinsam von einer deutschen Finanzgruppe übernommen wird. Den englischen Finanzleuten scheint jedoch das Einverständnis vor und sie würden sich gemeinsam mit der deutschen Finanz und den Reparationsprozenten ebenfalls beteiligen. Belgien läßt aber diese englische Garantie nicht ab.

Die russischen Interventionen können eine offizielle Garantieübernahme ebenfalls ab und führen mit den Belgien die Verhandlungen, die hierzu führen, daß sich das belgische und deutsche Kapital auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft auf die Reparationsprozenten einigt.

Ob der bisher abweichenden Haltung der Regierung wird eine Garantie durch die Reichsbank in Frage gestellt. Die Wirth-Regierung selbst ist nicht bei diesen Verhandlungen die denkbar günstigste Rolle. Sie wird von den in- und ausländischen Kapitalinteressen hin- und hergeschoben, als Puffball benutzt und es gewarnt, daß es tun, was Sinesse oder andere Größen der deutschen Industrie und Finanzwelt gefällig ist auf das Auslandskapital, wünschen oder befürchten.

Der türkische Vormarsch in Kleinasien

Das griechische Kabinett abgedankt

Auch die griechische Nordarmee zieht sich vor den Türken fluchtartig zurück. Die Vorhut der türkischen Armee hat bereits das Megalida-Wasser erreicht und die Griechen sollen die Verteidigung der Stadt Smyrna aufgeben haben. Auch einer Meldung hat das griechische Kabinett abgedankt. Kemal Pascha behauptet darauf, daß auch Konstantinopel und Thrazien geräumt werde. Der englische Minister hat dagegen behauptet, die Weizsäcker-Konstantinopel mit oder ohne den Alliierten zu verteidigen. Infolge der türkischen Siege ist auch die Stellung der Eng-

Rußland in Asien und Europa

Die russische Regierung hat in mehreren Ostschritten einen gewinnenden, sich entwickelnden. Der türkische Sieg gefährdet unmittelbar den englischen Imperialismus in Kleinasien, Mesopotamien, Persien und Asien. Einmal soll ein Verbot der Ausfuhr von Waren gegen die Türkei bereits mehrere Kriegsschiffe entbehren haben.

Der Konflikt zwischen Frankreich und England dreht sich immer mehr aus und droht einerseits zu einem offenen Krieg um Konstantinopel, um die Meerengen, andererseits zu einem neuen Kriegskonflikt am Balkan zu führen. Die englische Regierung stellt sich darauf auf, daß die russische Regierung eine Erweiterung der türkischen Macht in Rumänien und die Bildung einer künstlich-bulgarischen Staat nicht zuzulassen werden.

Die französische Regierung stellt sich nicht ohne Grund, daß Frankreich den Sieg der Türkei gegen England voll ausnützen will, und unter anderem auch die Gelegenheit zu einer Veränderung des Regierungssystems in Griechenland wahrnehmen. In der griechischen Niederlage seien die übernatürlichen Ambitionen des Königs Konstantin I. durch die von der politischen Wirklichkeit verschwinden müßte.

In Griechenland selbst machen sich weitere revolutionäre Bewegungen bemerkbar. Die Massenbewegungen, die Auflösung der Armee, sind ein natürlicher Boden dieser Gärung.

Italienische Vermittlung

Die italienische Regierung hat bei den Regierungen von Frankreich und England einen Schritt unternommen, um sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, Griechenland und die Türkei zu einer Konferenz einzuladen, die in Venedig stattfinden soll und auf der die Friedensbedingungen erörtert werden sollen, wobei in der Zwischenzeit aus Gründen der Menschlichkeit Besorgnis getroffen werden soll, daß ein Waffenstillstand geschlossen wird oder die Kriegshandlungen unterbrochen werden.

Verdensfeld soll zurücktreten

(Eigene Drahtmeldung)

Wie der Welt in Wien gemeldet wird, hat sich die seit den Sängereinsparungen beherrschende Regierung in den letzten Tagen so verhalten, daß mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten, Grafen Verdensfeld, noch in dieser Woche gerechnet wird.

Ein neues Kabinett wird den Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich noch verhandeln und die Reaktion auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete im ganzen Reich ermutigen. Es wird einer der wichtigsten Triumphe des französischen Imperialismus sein, wenn es gilt, durch Schwächung und Zerschlagung des Reiches des Einflusses und damit die Unterjochung der deutschen Arbeiterschaft zu vermindern.

Genosse Janus verhaftet!

(Eigene Drahtmeldung)

Wie wir auf eine telefonische Mitteilung erfahren, wurde am Freitagmorgen der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“, der Genosse Janus, im Polizeipräsidium, in dem Augenblick verhaftet, als er einer Besprechung der Parteimitglieder der Abteilung in Folge teilnahm. Leber den Grund der Verhaftung schweigt sich die Pressestelle des Polizeipräsidiums aus. Die Verhaftung des verantwortlichen Redakteurs der „Roten Fahne“ ist die erste Tat des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidiums nach seiner wegen „Gefährdung von Ruhe und Ordnung“ unterdrückten Ausrufes. Es zeigt sich wieder die Reaktion der kommunistischen Presse im ganzen Reich durch die Regierung an. Der Kampf gegen Bücher und Zeitung heißt eben für die Regierung: Verhaftung der Kommunisten! Am Namen der Berliner Arbeiterschaft verlangen wir sofortige Maßnahmen über die Verhaftung unseres verantwortlichen Redakteurs!

Das Ende der „Freiheit“

Die von den sozialistischen Blättern lebhafte demagogische Nachrede von einer Verharmlosung der „Freiheit“ mit dem „Wormwärts“ findet nun doch ihre Bestätigung. Wie die „Dona“ erklärt, stellt die „Freiheit“, das Blatt der Unabhängigen Sozialdemokratie, mit dem 8. September ihr Erscheinen ein.

Wie wir erfahren, wurde den Angehörigen der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, einschließlich der Redakteure am 15. August folgendes Ründigungs schreiben zugesandt:

„Da wir mit der Möglichkeit der Liquidation oder einer wesentlichen Einschränkung unseres Blattes rechnen müssen, sehen wir uns leider gezwungen, Ihnen die bei uns innewohnende Stellung vom 30. September d. J. zu kündigen. Eine Verhängung mit dem „Wormwärts“ hat stattgefunden, was also Ihnen nicht unbekannt sein dürfte. Die Liquidation der „Freiheit“ war also Ihnen nicht unbekannt sein dürfte. Die Liquidation der „Freiheit“ war also Ihnen nicht unbekannt sein dürfte. Die Liquidation der „Freiheit“ war also Ihnen nicht unbekannt sein dürfte.“

Sowjet-Rußland

Selbstmord des SR. Timowjew?

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse druckt ohne Angabe der Quelle eine Nachricht der von ausländischen SA-Agentur ab, wonach sich einer der vorzeitigen SA-Führer, Timowjew, im Selbstmord erschossen haben soll. Wie können die Wichtigkeit dieser Mitteilung noch nicht weitervermitteln. Die Gründe allerdings, die die SA-Skandalen als Ursache des Selbstmordes angeht, leuchten nicht besonders ein. So wird behauptet, daß die tschische Revolution der Jellen sowie die Lebensverhältnisse der Revolutionen und die „Verhöhnung“ der Gefängnisbeamten auf den Gefangenen einen beträchtlichen Einfluß machten, daß er Verbrechen beging und schließlich zum Selbstmord führte. Es wäre nur zu wünschen, daß die Gefangenen der revolutionären Arbeiterklasse in den Gefängnissen der europäischen Demokratie so „roh“ behandelt werden würden, wie die politischen Gefangenen in Sowjet-Rußland. Wir würden bei dieser Gelegenheit u. a. an War S. H. S. erinnern.

Die Sowjetregierung zum Siege der türkischen Truppen

(Telegramme der Rosta-Wien)

Der Stellvertreter des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, Kacharan, hat anlässlich des von den türkischen Truppen über die Griechen erzielten Sieges die Glückwünsche an den Präsidenten der türkischen Regierung gerichtet, indem er darauf verwies, daß das russische Volk die Freunde des türkischen Volkes über mehrere Jahre gegen den europäischen Imperialismus kämpft, teilte.

Hungernde Arbeiter werden niedergeschossen

(Eigener Bericht)

Auf dem Gute Botzkamp bei Rummelsburg, 8. September, wurden in der vorigen Woche unter Genosse H. H. H. ein verheerender Schloßer, von dem Gutsamtsleiter niedergeschossen, als er beim Aehrenjammen angetroffen wurde. A. liegt schwer verletzt im Krankenhaus, wo an seinen Aufkommen geweiht wird. Weder die näheren Umstände der Tat wird uns aus Rummelsburg geschrieben, daß mehr als eine Stunde in der Nacht, nachdem die Tat geschehen war, der Amtsleiter zu vorübergehenden Frauen unterle: Zwei nicht darin; einer liegt schon tot. Die Frauen rufen zwei Eisenarbeiter herbei, die den Niedergeschossenen ausfinden. Der Amtsleiter legte eine Behergung des Verlegten mit der Begründung ab, sein Haus sei kein Obdach, man solle das Sterblichkeits benutzen. Dorthin gebracht wurde A. vom Gemeindevorstand in der Liebenwalder Straße (so handeln Proleten) auf der Brücke, über die er ein Bett liegt, untergebracht. Später wurde A. auf Drängen seiner Verwandten in das Krankenhaus überführt. Der Wundarzt behauptet sich noch 24 Stunden nach seiner Selbsttötung auf freiem Fuß. Erst auf das wiederholte Drängen der Eisenarbeiter, die nicht locker liegen, wurde seine Behergung beendet.

Jungfräulein Proletariat, die auf dem Felde einige Wehren sammeln, werden in der brutalsten Weise niedergeschossen und dann die tollwütigen Hunde dem Verbluten preisgegeben. Aber die Partei-genossen des Erlösungsanglers Wirth werden in den Kirchen und Säulen mit Friedemanns Miene die biblische Geschichte Nuths weiter verstanden.

Pferdefadaver für die Hungernden

Aus Breslau a. M. meldet eine Frankfurter Korrespondenz: Die Polizei verbot einem Fabrikanten den Verkauf eines an Haut eingesamten Pferdes und übermies das Tier der W. bedeckt. In der nächsten Nacht jedoch holten arme Leute das Fleisch bis auf einen kleinen Rest und verzehrten es.“

Schlemmerlokale

Der „A. B.“ ist nachstehende Speisefarte des Hotels Victoria in Leipzig ausgegangen:

Freitag den 1. September

Vorspeisen	Fertige Platten
Beluga-Malofai-Ganier 800.—	Rehrühn mit Sauerkraut
Sträburger Gänseleber	und Burree 450.—
250.— und 400.—	Lammlet nach Chaires 400.—
Summer-Manonasse 350.—	Rahbschnitzel 425.—
Räucher-Hal 200.—	Käsepotage auf Weiss 400.—
Räucher-Hal 250.—	händlerart 400.—
Russischer Salat 100.—	Charakteristisches Hammel
Hühner Salat 100.—	mit Reis 375.—
Gefüllte Eier mit Caviar 200.—	Steierischer Kapann
Heringsfilet 80.—	auf Gebäudenart 500.—
Delikatessen pro Stück 30.—	Schneisolette a. Polk

Suppen

Krautbrühe Juncocauls 30.—	Rühpen
Crème-Suppe Aurora 60.—	Kartoffel-Borscht 375.—
Kartoffel-Suppe mit Sped. 75.—	Speiseporzellan in feine

Fische

Steinbutt vom Rost 375.—	Speiseporzellan in feine
Kartoffel-Suppe 375.—	Butter 400.—
Jogalischer Lohsch 400.—	Dimonade in Biersteig 375.—
Speiseporzellan in feine 400.—	Sec. tomate 375.—
Butter 400.—	Sarbutt Florene 400.—
Dimonade in Biersteig 375.—	Eierspeisen
Sec. tomate 375.—	Omelette auf Jarin-Wort 400.—
Sarbutt Florene 400.—	Belorene Eier Hühner 350.—
Eierspeisen	Speiseporzellan mit Schinken 250.—
Omelette auf Jarin-Wort 400.—	Diverse Kuchen 20.—
Belorene Eier Hühner 350.—	
Speiseporzellan mit Schinken 250.—	

Auf Speisen und Getränke 10 Prozent Zuschlag.

Während sich proletarische Familien das verdorbene Fleisch eines verreckten Gauls füttern, um ihren Hunger zu stillen, freilich die faulen Bänche in den Schlemmerlokalen sich toll und voll. Sie zahlen jeden Preis und vertieren damit alle Waren. Die Regierung hat es abgesehen, die Schlemmerlokale zu schließen.

Unruhen in Braunschweig

(Eigene Drahtmeldung)

In der letzten Nacht ist es in Braunschweig zu Leuerungsunruhen gekommen. Nach Meldung des „Total Anzeigers“ hat die Schutz-polizei eingegriffen und die angeblich baldwärtigen Unruhen verortet.

Lebensmittelunruhen in Rattowitz

In Rattowitz kam es gestern nachmittags zu erneuten Lebensmittelunruhen. Die Beschäftigten der umliegenden Gruben demonstrieren vor der Wohnkolonie gegen die Leuerung und gegen die Lohnleiherabnahme. Die Wartverhältnisse wurden gestört und geplündert. In den Lokalen kam es wieder zu Judenverfolgungen. Starke Polizeitruppen wurden eingesetzt.

Ausdehnung des Vanbarbeiterstreiks im Kreis Landbarstadt

(Eigene Drahtmeldung)

Die Vanbarbeiter in Hamersleben und Sornhausen sind in den Streik getreten. Große Aufgehobe von Schupp sind im Streikgebiet eingedrungen. Die Agrarier forderten die tschische Nachhilfe an. Der Streik läßt die Vanbarbeiter im Stich. Der Streik gewinnt an Ausdehnung.

Die Riesengewinne der Papierindustrie

In den Mitgliedervereinbarungen der Bundesdruckerei und des Verbandes der Bundesdruckerei Grob-Samburg wurde unter Bezug auf die Heraushebung der Papierpreise um 100 bis 200 Prozent ausdrücklich festgestellt, daß nach einem statistischen Ausweis seit dem Jahre 1921 die Papierausfuhr um das Dreifache gestiegen ist, wodurch Riesengewinne erzielt werden und das heimische Druckereiwesen schwer geschädigt wird. In diesem Verbarben liegt die Hauptursache der außerordentlichen Preissteigerung, der nur durch ein hartes Papierausfuhrverbot begegnet werden kann.

Waffenruhe. Auf Veranlassung des Gewerkschaftsrates wurde heute auf dem Rittergut Jollen eine Reihe von neuen Gewehren, Modell 98, von der Polizei beschlagnahmt.

Belohnung des in Charlottenburg von der Polizei ermittelten Jugendgenossen wird am Sonntagvormittag stattfinden. Der Genosse war noch nicht Mitglied der P. G. handelt sich um einen 16-jährigen Lehrling. Die Beerdigung wird von der P. G. anfallen.

